H-01-131

Vielfaltsumfrage 2023: Handlungsempfehlungen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. ordentlicher Diversitätsrat 2024
19. - 20.04.2024, Berlin

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (KV Soest)

Änderungsantrag zu H-01

In Zeile 131 einfügen:
Menschen mit Behinderungen: Etwa ¼ der Befragten lebt mit einer chronischen körperlichen oder psychischen Erkrankung, die Anteile sind unter den jüngeren Befragten
höher. Ein Unterschied zur Allgemeinbevölkerung, in der mehr als doppelt so viele Menschen, ca. 50% - 60% mit einer chronischen Erkrankung leben, wobei die Anteile mit steigendem Alter höher sind. Knapp 10 % haben für ihre Behinderung eine amtliche Bescheinigung, 6 % einen
Schwerbehinderungsgrad (im Vergleich: 9,4 % der Menschen in Deutschland haben einen Schwerbehinderungsgrad, eine amtlich bescheinigte Behinderung wird nicht erhoben). Für Diskriminierungserfahrungen relevante Aspekte wie die Sicht- bzw. Wahrnehmbarkeit der jeweiligen Behinderungen konnten nicht erhoben werden.
Menschen mit Behinderungen gehören zu den am stärksten von Diskriminierung betroffenen Gruppen, deren Diskriminierung zudem fast immer unsichtbar gemacht wird und die in der politischen Diskussion kaum adressiert werden. Sie sind darüber hinaus noch immer in Deutschland von eklatanten menschenrechtlichen Defiziten betroffen.
Maßnahmen: Handlungsleitend für uns ist Artikel 29 der UN Behindertenrechtskonvention.
Als Partei werden wir konsequent und in
Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderungen und der BAG Behindertenpolitik daran arbeiten,
dass unsere Strukturen inklusiver werden. werden. In Zusammenarbeit mit Selbstvertretungsorganisationen müssen wir sowohl innerhalb unserer Partei als auch
gesamtgesellschaftlich dafür sorgen, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen umfassend herzustellen. Dazu wollen wir alle Landesverbände ermutigen, wie jetzt in NRW eine Interessensvertretung InklusionsGrün zu gründen.
Mit dem Beschluss des Diversitätsrates “Politische Teilhabe ist ein demokratisches Grundrecht. Menschen mit Behinderungen in die Politik.” haben wir bereits Maßnahmen
beschlossen, die es nun gilt, weiter voranzutreiben. Wir wollen außerdem den Leitfaden
Barrierefreiheit zum Ende des Jahres überarbeiten und aktualisieren.Weitere Ergebnisse und Handlungsfelder

Begründung

Menschen mit Behinderungen sind eine äußerst heterogene Gruppe mit sehr großen Unterschieden, auch bzgl. des Ausmaßes von Diskriminierung, insbesondere im Zusammenspiel mit Barrieren verschiedenster Art. Gerade die in erheblichem Maß von innerparteilicher Diskriminierung und Exklusion Betroffenen sowohl in der BAG Behindertenpolitik als auch bei InklusionsaGrün NRW waren von den offensichtlich nicht richtigen Schlussfolgerungen aus der Erhebung und der resultierenden Unsichtbarmachung ihrer jahrelangen Diskriminierungserfahrungen sehr getroffen. Daher bitten wir dringend um entsprechende Änderung.